

Sawiris warnt vor Zusammenbruch

ÄGYPTEN sda. Der ägyptische Wirtschaftsmagnat und Milliardär Naguib Sawiris hat vor dem völligen Zusammenbruch des Landes gewarnt. Um dies zu verhindern, seien dringende Massnahmen notwendig, sagte Sawiris der Nachrichtenagentur Reuters. «Dieses Land wurde in den vergangenen drei Jahren vor die Wand gefahren und steht am Rand des Zusammenbruchs», sagte der Bruder des Andermatt-Investors Samih Sawiris. «Wir sind bankrott.» Wenn nicht schnell geholfen werde, die Wirtschaft wieder in Gang zu kriegen, werde das Land kaputtgehen.

Sawiris will gross investieren

Er sehe trotz der Krise aber auch Chancen. 2014 sei er bereit, 1 Milliarde Dollar zu investieren «in der Industrie, der Landwirtschaft, im Finanzsektor sowie in Telekommunikation und Internet». Sawiris' Familie kontrolliert das Firmenimperium Orascom, das nach eigenen Angaben mehr als 100 000 Angestellte hat.

Sawiris sprach sich dafür aus, für ein Jahr lang alle Protestaktionen zu verbieten, um die ägyptische Wirtschaft wieder in Gang zu bekommen. Er kritisierte zudem die hohen Subventionen in Ägypten. Das Land könne sich nicht leisten, jeden Monat 1,5 Milliarden Dollar zur Stützung der Preise von Brot, Treibstoffen und anderen Gütern zu verbrennen, ohne etwas zurückzubekommen.

Die ägyptische Führung hat den vor drei Monaten verhängten Ausnahmezustand mit der nächtlichen Ausgangssperre aufgehoben. Der Entscheid wird von der Wirtschaft begrüsst, die deswegen erhebliche Umsatzeinbußen beklagte.

Gabriel wirbt für Grosse Koalition

DEUTSCHLAND sda. Der Chef der deutschen Sozialdemokraten, Sigmar Gabriel, hat bei seiner Wiederwahl einen deutlichen Dämpfer auf dem Weg zur Grossen Koalition erhalten. Mit 83,6 Prozent kam der 54-Jährige gestern beim Leipziger Parteitag auf sein bisher schlechtestes Ergebnis. 2011 hatten noch 91,6 Prozent der Delegierten für ihn gestimmt, 2009 sogar 94,2 Prozent. Die SPD hatte bei der Bundestagswahl mit 25,7 Prozent das zweit schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielt.

Gegen «faule Kompromisse»

Seit drei Wochen verhandelt die SPD mit der Union über eine Regierungsbildung. Gabriel machte gestern klar, dass sich die SPD nicht um jeden Preis auf eine Grosse Koalition einlassen werde. «Mit uns wird es keine politische Liebesheirat und keine Zwangspartnerschaft geben», sagte er. Vielmehr strebe die SPD eine «bestmögliche Koalition der nüchternen Vernunft» an. «Wir werden nur gute und keine faulen Kompromisse akzeptieren», betonte der Parteichef.

Vaduz setzt Bern unter Druck

BANKGEHEIMNIS Nun will auch Liechtenstein auf den automatischen Informationsaustausch einschwenken. In Bern gibt man sich gelassen. Doch die Luft wird dünner.

CHARLOTTE WALSER, SDA
schweiz@luzernerzeitung.ch

Das Bekenntnis der einstigen Steuer-oase Liechtenstein zum automatischen Informationsaustausch erhöht den Druck auf die Schweiz. Der Bundesrat lehnt einen solchen Schritt zwar nicht mehr grundsätzlich ab, will aber weiterhin abwarten. Dies dürfte schwieriger werden, je mehr Länder den automatischen Informationsaustausch einführen. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen liess gestern verlauten, die Finanzmarktpolitik der Schweiz orientiere sich nicht an Liechtenstein, sondern an internationalen Standards, zu deren Entwicklung sie aktiv beitrage. «Sobald diese etabliert sind, wird auch die Schweiz die Umsetzung mit anderen Ländern diskutieren. Aber nicht vorher.»

Die Schweizerische Bankiervereinigung sieht im Entscheid Liechtensteins eine «Bestätigung des eigenen Kurses». Bundesrat und Bankiervereinigung seien seit bald einem Jahr dafür, dass sich die Schweiz für internationale Standards einsetze.

Schrittweise Abkehr vom Dogma

Noch vor einem Jahr hatte sich der Bundesrat gänzlich gegen einen Automatismus gestellt. Kurz darauf relativierte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf das kategorische Nein und tonte die Bereitschaft zu Verhandlungen



In einem Fenster der Liechtensteinischen Landesbank in Vaduz widerspiegelt sich der Sitz der fürstlichen Regierung. Diese geht mit den Banken in die Offensive.

Getty/Valentin Flauraud

an. Die endgültige Kehrtwende erfolgte im Juni dieses Jahres. Der Bundesrat beschloss, dass die Schweiz an der Entwicklung des OECD-Standards zum automatischen Informationsaustausch aktiv mitwirken und diesen dereinst auch übernehmen soll. Eine Experten-gruppe um Aymo Brunetti hatte dem Bundesrat zu einem proaktiven Handeln

geraten, wie dies nun Liechtenstein praktiziert. Das ging dem Bundesrat aber zu weit.

EU-Verhandlungen als Härtestes

Bei den anstehenden Verhandlungen mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens will der Bundesrat die Frage des automatischen

Informationsaustausches ausklammern. EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta liess verlauten, dieser sei und bleibe das Ziel der EU bei diesen Gesprächen. Ob die Schweiz Konzessionen macht, wird sich zeigen. Bisher gab der Bundesrat jeweils erst dann nach, wenn der Druck aus dem Ausland so gross wurde, dass die Schweiz keine andere Wahl hatte.

«Kein Interesse an veraltetem Geschäftsmodell»

LIECHTENSTEIN Der Regierungschef des Fürstentums, Adrian Hasler, erachtet den Entscheid, auf den automatischen Informationsaustausch zu setzen, als klare Vorwärtsstrategie für den Finanzplatz Liechtenstein.

Liechtenstein schwenkt auf den automatischen Informationsaustausch ein. Warum und warum gerade jetzt?

Adrian Hasler: Wir haben in den vergangenen Monaten gemeinsam mit den Finanzplatzteilnehmern intensiv über die Strategie für unseren Finanzplatz diskutiert. Dabei haben wir uns für eine aktive Positionierung Liechtensteins entschieden.

Handelt Liechtenstein unter Druck?

Hasler: Nein. Wir sind ganz klar zum Schluss gekommen, dass eine aktive Rolle Liechtensteins für die Zukunft eine grössere Handlungsfreiheit bietet. Sie schafft auch für die Kunden und die Akteure des Finanzplatzes wie für andere Staaten eine grössere Planungs- und Rechtssicherheit.

Liechtenstein hat sich bereits 2009 vom klassischen Bankgeheimnis verabschiedet. Gehen Sie mit dem automatischen Informationsaustausch jetzt noch einen Schritt weiter?

Hasler: Wir setzen damit in der Tat eine Politik fort, die 2009 mit der Liechtenstein-Erklärung begonnen hat. Seither haben wir diverse Doppelbesteuerungsabkommen und Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen abgeschlossen. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter, indem wir den automatischen Informationsaustausch als künftigen Standard anerkennen. Damit machen wir insbesondere den G-5-Staaten Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Italien und Spanien das Angebot, mit Liechtenstein Verhandlungen aufzunehmen und vorzeitig einen automatischen Informationsaustausch abzuschliessen. Wir streben dabei umfassende Abkommen an, die unter anderem eine Regularisierung der Vergangenheit beinhalten sollen. Wir nehmen auch die Verantwortung wahr, den Kunden einen Weg in die Steuerkonformität aufzuzeigen.

Nicht alle Finanzplätze machen mit. Wird Liechtenstein dadurch benachteiligt?

Hasler: Der automatische Informationsaustausch kommt. Liechtenstein ist nicht daran interessiert, weiter auf einem veralteten Geschäftsmodell aufzubauen. Wir sind überzeugt, dass wir damit die Grundlagen für einen prosperierenden Finanzplatz der Zukunft schaffen.

Sie setzen auf eine Vorwärtsstrategie. Wie kann sich Liechtenstein aber gegenüber grossen Ländern behaupten und an der Entwicklung der neuen Standards aktiv mitwirken?

Hasler: Das ist ein schwieriges Thema, insbesondere für einen Kleinstaat. Wir versuchen, jetzt aktiv bei der Entwicklung des automatischen Informationsaustausches mitzuwirken. Mit gewissen Staaten haben wir ein Interesse, schon vorzeitig zum automatischen Informationsaustausch zu wechseln. Wir haben bereits mit der OECD und den G-5-Ländern Gespräche geführt. Uns wurde dabei signalisiert, dass eine Mitwirkung Liechtensteins wünschenswert wäre.

Die Schweiz diskutiert noch über ihre Haltung zum automatischen Informationsaustausch. Sind Sie nun bewusst einen Schritt vorausgeil?

Hasler: Für uns war wichtig, wie sich Liechtenstein positionieren soll. Und da war für uns zentral, wie man eine aktive Rolle spielen kann. Für uns war es keine Option, zuzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Jedes Land muss diejenigen Antworten auf die internationalen Herausforderungen finden, die seinen spezifischen Interessen am besten entsprechen.

INTERVIEW STEFFEN KLATT
nachrichten@luzernerzeitung.ch

HINWEIS



Adrian Hasler (49) ist seit März 2013 Regierungschef und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein. Hasler hat an der Universität St. Gallen Betriebswirtschaft studiert und unter anderem für die VP Bank in Vaduz gearbeitet.

ANZEIGE

möbel hubacher
Für jedes Zuhause die passende Welt.

moebel-hubacher.ch

«LIEBLING GEFUNDEN!»

Melanie und Alejandro aus Zofingen haben sich in Open* verliebt.

*** Bett Open von Möbel Hubacher, jetzt zum Abholpreis von nur CHF 1309.-**

** Aktion gültig bis 30.11.2013. Nicht gültig auf bereits reduzierte Ware, andere Aktionen und bereits erteilte Aufträge. Ausgenommen von der Aktion sind einzelne Markenartikel.

Unsere Partner

SCHLAFWOCHE
BIS 30.11.

10%

AUF ALLES RUND
UMS SCHLAFEN UND
AUF LEUCHTEN**